

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

7.6.1890 (No. 153)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. Juni.

№ 153. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. Juni.

Für das dem preussischen Landtag vorliegende Sperrgesetz sind die Ansichten nach einem uns heute zugegangenen Telegramm wieder ungünstiger geworden. Zwischen den drei Fraktionen, die in der bisherigen Beratung des Gesetzes für den letzteren eingetreten waren, und dem Centrum hatten Verhandlungen stattgefunden. Dieselben bezweckten, die Centrumpartei zu einer solchen Haltung zu veranlassen, welche die Genehmigung des Gesetzes ermöglichte; das Centrum sollte nach dem Grundsatze tolerari posse verfahren und sich eventuell der Stimmenabgabe enthalten. Die betreffenden Verhandlungen sind jedoch gescheitert und das an uns gelangte Telegramm bemerkt: „Das Zustandekommen des Gesetzes in dritter Lesung ist deshalb nicht wahrscheinlich.“

Im Hyde-Park zu London wollen die Temperenzvereine morgen eine Massendemonstration gegen die Schanksteuervorlage veranstalten. Die Temperenzvereine nehmen bekanntlich heftigen Anstoß an der Bestimmung der Vorlage, welche eine Entschädigung derjenigen Schankwirthe in Aussicht nimmt, denen die Konzession entzogen wird, um die Zahl der Wirtschaften zu beschränken; nach englischer Praxis beabsichtigen sie ihren Protest in die Form einer Demonstration zu kleiden. Der Minister des Innern hat den Temperenzlern nun eine bestimmte, von der Polizei offen zu haltende Marschroute nach dem Parke vorgeschrieben und den Durchzug der Manifestanten mitten durch die Stadt verboten; er hielt diese Verordnung auch den Abgeordneten Bradlaugh und Graham gegenüber im Unterhause aufrecht. Der Minister erklärte, die Umzüge würden in London zu einem öffentlichen Uebel. Während vom Oktober bis Dezember 1887 nur 200 Umzüge stattfanden, stieg deren Zahl 1888 auf 1400 und 1889 auf 1200. Der häufige Durchzug organisierter Körperschaften durch die Straßen sei, gelinde gesagt, etwas sehr Unbequemes und durchaus nicht vereinbar mit den Rechten des Publikums. Das gutmüthige Publikum habe sich diese Art von Ufurpation der Hauptstraßen oft gefallen lassen, aber das ewige Demonstrieren werde jetzt etwas zu bunt. Die Verordnung sei lediglich im Interesse des Publikums, wie der Teilnehmer an der Kundgebung selber erlassen worden. Den Demonstranten könne unmöglich gestattet werden, den weitesten Umweg nach dem Parke durch die belebtesten Straßen der Hauptstadt mit einem Maximum von Unbequemlichkeit für das Publikum und Mühe für die Polizei zu ziehen. Die Demonstranten verlangen auch, daß ihr Aufzug durchweg ein ununterbrochener sei. Das bilde einen Anspruch auf den Gebrauch der Straßen, der keinem Mitglied des Publikums gehöre. Der Polizeipräsident habe versprochen, dem Gros der Demonstranten den Marsch nach dem Parke auf dem von ihm vorgeschriebenen Wege zu erleichtern, aber er könne keine Erleichterungen für die verschiedenen Abtheilungen auf ihrem Marsche nach dem Sammelplatz auf dem Themsquai gewähren. Die Abgeordneten Bradlaugh und Graham griffen das Vorgehen des Ministers zwar

heftig an, aber die große Mehrheit der Londoner Einwohnerschaft dürfte dem Minister für dessen Anordnung dankbar sein.

Aus Kairo hört man wieder einmal vom Mahdi, dessen Macht sehr im Rückgang begriffen sein soll. Abu Garameh, welcher in Chartum an jenem Morgen, an welchem Gordon getödtet wurde, Oberbefehlshaber der Aufständischen war, soll mit ungefähr 4000 Mann bei Omdurman, gegenüber von Chartum am linken Nilufer, stehen. Diese viertausend Mann bilden mit ebenso vielen Soldaten, welche sich bei Korosko und Dongola befinden, die ganze kampffähige Streitmacht des Mahdi, doch gelten die bei Korosko und Dongola stehenden Truppen für sehr unsicher. Garamehs Absichten sind nicht bekannt, da er aber der Ergebenheit seiner Truppen nicht sicher ist, so wird er wohl in Omdurman bleiben und, so gut es geht, die Person des Mahdi beschützen, welcher täglich in Angst schweben soll, vergiftet zu werden. — In Kairo ist der italienische General Luchini dal Verme eingetroffen, welcher die Aufgabe haben soll, mit der ägyptischen Regierung auf Grundlage eines zwischen Lord Salisbury und Crispi getroffenen Abkommens eine endgültige militärische Demarkationslinie zu vereinbaren. Diese Linie, so heißt es, werde wahrscheinlich zwischen Suakim und Massauah beginnen und von da in das Innere Afrika's gehen, so daß, falls der Mahdi vorrückt, England und Italien wüßten, wie weit sich ihre Aktionsphäre erstreckt.

Deutschland.

* Berlin, 5. Juni. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin begaben sich heute Vormittag nach Pasewalk, um über das Küstrinregiment „Königin“ Parade abzuhalten. Die Majestäten trafen um 10 Uhr 42 Min. in Pasewalk ein, wo am Bahnhof die Spitzen der Civil- und Militärbehörden amwehnd waren. Die Bevölkerung bereite dem Kaiserpaar einen enthusiastischen Empfang. Nach den Begrüßungsfeierlichkeiten begaben die Majestäten sich zu Pferde nach dem Paradesfeld. Die Parade fand unter dem Kommando des Oberstleutnants v. Rabe statt. Zuerst erfolgte der Vorbeimarsch in Zügen und im Schritt, dann in halben Escadrons. Die Kaiserin führte dem Kaiser das Regiment vor. Nach Beendigung der Parade begleiteten beide Majestäten die Standarten nach der Stadt zurück und nahmen dann an der Festtafel im Offizierstasino theil. Nachmittags um 2 Uhr kehrten der Kaiser und die Kaiserin nach Berlin zurück.

Seine königliche Hoheit der Kronprinz von Italien trifft voraussichtlich am 9. Juni aus Petersburg zum Besuch des kaiserlichen Hofes hier ein. Der Prinz wird im Stadtschloß zu Potsdam Wohnung nehmen und 4–5 Tage hier verweilen. Während seiner Anwesenheit werden mehrere größere Hoffestlichkeiten veranstaltet.

Das Befinden Sr. Hoheit des Erbprinzen von Meiningen ist gegen gestern unverändert. Der Erbprinz beabsichtigt, sobald sein Befinden sich gebessert hat, nach Schloß Erdmannsdorf in Schleien überzusiedeln.

— Ueber den bereits telegraphisch angezeigten Unfall

des Reichskanzlers Generals von Caprivi, der glücklich Weise ohne schlimme Folgen abgelaufen ist, berichtet die „Post“ folgendes Nähere: Heute früh gegen 8 Uhr unternahm der Reichskanzler in Begleitung seines Adjutanten, des Hauptmanns Ebmeyer, seinen gewöhnlichen Spazierritt nach dem Thiergarten. Als die Herren um 10 Uhr zurückkehrten und von der Lenné-Strasse kommend den Thorweg durchreiten wollten, stürzte plötzlich das Pferd des Reichskanzlers in Folge der Glätte auf dem Asphalt unter dem Thorbogen mit dem linken Vorder- und linken Hinterbein zugleich nach der Innenseite zur Erde. Mit großer Geistesgegenwart machte der Reichskanzler schnell seinen linken Fuß vom Bügel frei, wodurch verhütet wurde, daß er unter das Pferd zu liegen kam. Er wurde zwar durch die Wucht des Falles zu Boden gerissen, aber von seinem Adjutanten, Hauptmann Ebmeyer, welcher ebenso so schnell vom Pferde gesprungen und ohne sich um das Letztere weiter zu kümmern, seinem Chef zur Hilfe geeilt war, wieder aufgerichtet. Die Pferde waren glücklicher Weise ruhig auf der Stelle geblieben und konnten von dem hinter den Herren reitenden Dimer festgehalten werden. Der Reichskanzler hatte in keiner Weise Schaden genommen und begab sich unverletzt in seine Wohnung.

Der Generalfeldmarschall Graf Moltke ist zu einer mehrwöchigen Kur in dem Bade Endowa eingetroffen.

— Heute Vormittags um 9¹/₂ Uhr fand die Grundsteinlegung für die Emmauskirche am Lausitzer Platz statt. Nach dem Gesang, der Festansprache und der Vorlesung der Stiftungsurkunde vollzog im Auftrage des Kaisers Prinz Friedrich Leopold die drei Hammerschläge, nach ihm der Minister von Hofler und die Vertreter der kirchlichen und städtischen Behörden.

— Wie die „Ball-Mall Gazette“ wissen will, steht die deutsche Regierung in Unterhandlungen mit der Eastern Telegraph Company für die Legung eines Kabels zwischen Dar-es-Salaam, Bagamoyo und Sansibar, so daß in kurzem eine Drahtverbindung zwischen dem deutschen Ostafrika und Europa hergestellt sein würde.

Italien.

Rom, 5. Juni. Die Kammer genehmigte gestern in geheimer Abstimmung den Voranschlag für das Ministerium des Innern mit 191 gegen 55 Stimmen. Die entscheidende Probe auf die Größe der Regierungsmajorität war schon am vorigen Samstag, bei der Abstimmung über den Antrag Bovio, gemacht worden.

Frankreich.

Paris, 5. Juni. In der Deputirtenkammer brachte die Arbeiterpartei heute die Begnadigung des Herzogs von Orleans zur Sprache. Dumay verlangte zu wissen, warum die Regierung den Prinzen freigelassen habe, während sie unglückliche Familienväter (die wegen Ausschreitungen bei der Streikbewegung verhafteten Arbeiter) im Gefängnisse lasse. Der Premierminister Freycinet erwiderte, die Freilassung des Herzogs habe keine politische Bedeutung; es sei ungerechtfertigt, zu sagen, daß die Regierung mit der Begnadigung des Herzogs der Reaktion ein Pfand gegeben habe. Die Republik sei stark genug,

zarten Luftton überhaucht, so daß eine echt poetische Stimmung das Werk beherrscht. Wir dürfen diese schön durchgeführte Arbeit fortan zu den landschaftlichen Werken unserer Galerie zählen.

W. Vöbl.

* Karlsruhe, 6. Juni. (Großh. Hoftheater.) Am 3. Juni vorigen Jahres starb die Großh. Hofopernsängerin Henriette Babel, eine ebenso bescheidene als lebenswürdige Künstlerin, die länger als vier Jahrzehnte eine Stütze unserer Hofbühne war. Am verflohenen Dienstag, an ihrem Sterbetage, ist nun das Grab der Verewigten mit einer Gedenktafel geschmückt worden. Dieselbe ist von Kollegen und Freunden der Verstorbenen gestiftet, die damit nicht nur die Entschlafene, sondern zugleich sich selbst ehrt.

W. Paris, 5. Juni. (Panik im Theater.) Während der heutigen Vorstellung im „Theatre Francais“ entstand in Folge der Entzündung eines Leitungsdrahts des Hauptkonleuchters eine Panik. Das Publikum beruhigte sich indes bald und die Vorstellung wurde ohne weitere Störung beendet.

W. Straßburg i. El., 5. Juni. (Landwirtschaftliche Ausstellung.) Heute Mittag 12 Uhr fand hier die offizielle Eröffnung der 4. Wälder-Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft durch deren Protektor, den Statthalter Fürsten zu Hohenlohe, statt, welcher in längerer Ansprache auf die Zwecke der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft hinwies und mit einem von der zahlreichen Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser schloß. Weiter hielten der Unterstaatssekretär v. Schraut, der Präsident des Landwirtschaftsraths Jörn v. Bulach und der Bürgermeister Bad Anspach. Die Ausstellung, welche sehr reich besetzt ist, erfreut sich eines äußerst zahlreichen Besuchs, namentlich vom Lande, doch sind auch zahlreiche Landwirthe aus Alt-Deutschland eingetroffen. Wir behalten uns einen besondern Bericht über die Ausstellung vor.

Neues in der Großh. Galerie.

Das kürzlich erworbene berühmte Gemälde A. Feuerbachs, „das Gastmahl des Platon“ ist vor einigen Tagen angekommen und hat bereits seine Aufstellung in der Großh. Kunsthalle gefunden. Bekanntlich hat der Künstler die Anregung dazu aus dem Platonischen Dialog, „das Symposion“ geschöpft und den Augenblick gewählt, da die bei dem edlen Agathon vereinte Versammlung weiser Männer durch den Eintritt des berauschten Alkibiades in eine erhöhte Stimmung versetzt wird. Agathon selbst in festlich weißen Gewändern, das Haupt bekränzt, in der Hand die Trinkschale, ist aufgestanden und geht begrüßend auf den Ankömmling zu. Die übrigen Genossen, die auf den Kleinen am Tische ausgestreckt oder sitzend ruhen, wenden sich ebenfalls dem Eintretenden zu; am lebhaftesten Aristophanes, der sich mit seinem hässlichen Kopf voll satirischen Ausdrucks auf seinem Lager zu dem Ankömmlingen umdreht. Sokrates dagegen, dessen scharf charakterisierter Seitenkopf sich im Profil zeigt, ist ruhig sitzen geblieben, in eine Diskussion mit Phaidros vertieft, dessen schöner männlicher Kopf einen wirksamen Gegensatz zu den Philosophen bildet. Die zehn Gestalten, aus welchen die Versammlung besteht, lassen in großartiger Auffassung die verschiedensten Charaktere vom Jüngling bis zum Greisenalter erkennen.

Den prächtigsten Kontrast bildet dagegen die Gruppe des Alkibiades, der, von Fackelträgern umgeben und von einem jungen Mädchen geführt, über die Schwelle des Gemaches tritt, die von reizenden nackten Knaben bekränzt wird. So erscheint der geistreiche und übermüthige Jüngling als Vertreter heiteren Lebensgenusses gegenüber der Gruppe ernster Philosophen. Durch die geöffnete Thür, welche die Nachtschwärmer eben einläßt, dringt mit ihnen das erste Frühlingslicht, welches die ganze Scene mit einem wunderbar feinen kühlen Luftton überhaucht. Die Größe der Auffassung, die machtvolle Charakteristik, die Mischung des Anmutigen mit dem Würdevollen, der Reichtum und die

Schönheit der Linienführung verleihen dem herrlichen Gemälde den Charakter eines klassischen Kunstwerkes, mit welchem der große Künstler auf der Höhe der Vollendung erscheint. Dazu kommt die fein abgewogene Farbentönung, die kräftig und zugleich weich, tief und dabei klar, dem Ganzen einen wundervoll harmonischen Ton verleiht. Dadurch ist denn auch alles Frohliche, Akademische vermieden, und die aus der tiefsten Anschauung des klassischen Alterthums geborene Schöpfung wie in volles modernes Leben getaucht. Endlich zeigt sich auch darin der große Meister, daß die Umgebung mit ihren Marmorfüßen und den zart angelegten Wandgemälden sich nicht mit unnützem Detail vordrängt, sondern dem Ganzen als würdiger Rahmen dient. Feuerbach hat hier erreicht, wonach er immer strebte, sich von allem „Kleinen, Dünnen, Bunten“ völlig zu befreien. Er selbst schrieb am 22. Mai 1867 von Rom: „Die Aufzeichnung des Symposion ist in klaren sicheren Linien siegreich vollendet“, und gegen Ende des Jahres heißt es: „Das Symposion steht ruhig und in großen Zügen da, in beglückender Sicherheit. Mir ist es, als hätte es ein Anderer gemalt.“ Er durfte so schreiben, denn mit diesem Werke hat er sich den Größten und Besten seiner Zeit eingefügt. Die treffliche Erhaltung des Bildes läßt uns das Glück seines Besitzes völlig ungetrübt genießen.

Ein anderes kürzlich von der Galerie erworbenes Bild ist die Harzlandschaft von dem hier ansässigen Maler G. Hesse. Der Harz wird an seiner nordöstlichen Seite von einem Höhenzuge umrahmt, dessen zerfissene, schroff aufragende Sandsteinfelsen mit ihren phantastischen Formen als „Regenstein“ und „Teufelsmauer“ bezeichnet werden. Diese überaus malerische Landschaft hat der Künstler in einem schönen, fein getimmten Bilde vorgeführt, welches uns recht die mit üppigem Laubwald besetzten, steil aufragenden Felsgruppen erkennen läßt. Links im Vordergrund sieht man dichten Buchenwald und darüber hinaus schweift der Blick in die weite, reich bebautene Ebene. Dies Alles ist mit feiner künstlerischer Empfindung wiedergegeben und von einem

um vor einem Gnadenakte nicht zurückzuschrecken; deshalb habe die Regierung sich dem Wunsche des Präsidenten Carnot, den Prinzen zu amnestieren, angeschlossen. Was die wegen Streikvergehen verurtheilten Arbeiter betrifft, so seien in den letzten Tagen wiederum mehrere von ihnen freigelassen worden und andere würden demnächst begnadigt werden. Die Kammer beschloß nach diesen Erklärungen Freycinet's mit 313 gegen 194 Stimmen, zur Tagesordnung überzugehen. Der Sozialist Ferroul brachte den Antrag auf Begnadigung aller wegen Streikvergehen Verurtheilten ein, die Kammer lehnte aber die von ihm verlangte Dringlichkeit für den Antrag mit 312 gegen 141 Stimmen ab, womit der Antrag selbst verworfen ist. Dann setzten die Abgeordneten die Verhandlung über die Zollvor schläge Méline's fort. Mit 341 gegen 170 Stimmen wurde beschlossen, den Maiszoll auf 3 Francs, den Zoll für Maismehl auf 5 Francs festzusetzen. — Wie hiesige Blätter melden, hat der Herzog von Orleans einen Aufruf an die Militärschlichtigen seiner Altersklasse gerichtet, in welchem er erklärt, er verzichte nicht auf die Hoffnung, dem Vaterland einst dienen zu können. Vorläufig steht der Erfüllung seiner Hoffnung das Prinzenausweisungsgesetz im Wege.

Belgien.

Brüssel, 5. Juni. Der Herzog von Orleans traf heute hier ein und verbrachte den Tag im Kreise der königlichen Familie im Schlosse Laeken. Als der König nach Laeken fuhr, um dort den Herzog von Orleans zu empfangen, stürzten die Pferde vor dem Wagen. Der König stieg aus, ohne Schaden genommen zu haben, und begab sich zu Fuß nach dem Palais.

Großbritannien.

London, 5. Juni. Das Projekt eines unterseeischen Eisenbahntunnels zwischen Frankreich und England verschwindet nicht von der Tagesordnung, aber für absehbare Zeit sind keine Ausichten auf die Verwirklichung dieses Planes vorhanden. Die Rücksicht auf die Sicherheit des Landes spricht bei der englischen Regierung und der Parlamentsmehrheit lauter als der wirtschaftliche Vortheil einer solchen Eisenbahnverbindung zwischen den durch den Kanal getrennten Ländern. In der heutigen Unterhaus-Sitzung wurde der Antrag auf Herstellung eines Kanaltunnels mit 234 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Gladstone hatte den Antrag unterstützt, der Regierungsvorsteher ihn bekämpfte. Die Verhandlung über das Kolonialbudget rief auch heute mehrere Anfragen hervor, die vom Unterstaatssekretär Ferguson beantwortet wurden. Unter Anderem kam auch die vor einiger Zeit vom Major Wisman erlassene Verfügung zur Sprache, nach welcher ohne besondere Erlaubniß keine Karawanen durch die deutsche Interessensphäre ziehen sollten. Der Unterstaatssekretär erklärte, die Verfügung habe im Zusammenhang mit den militärischen Operationen Wisman's gestanden; sie sei übrigens auf einen von englischer Seite geäußerten Wunsch bereitwillig zurückgezogen worden. Der Unterstaatssekretär trat ferner den unbegründeten Gerüchten in Bezug auf Neufundland entgegen. Er erklärte, weder in der St. Georgs-Bay noch an einem anderen Punkte von Neufundland seien französische Truppen gelandet. Der diesen Gerüchten zu Grunde liegende Vorfall habe sich darauf beschränkt, daß ein französischer Marineoffizier an das Land gegangen sei und die Befestigung von Fischereien verlangt habe, welcher Aufforderung die Eigenthümer der Rege entsprachen. Das Verlangen des Offiziers sei ein völlig berechtigtes gewesen. In die Fischerei selbst hätten die Franzosen sich in keiner Weise eingemischt. — Unter dem Vorhitz des Herzogs von Fife fand heute Nachmittag im Mansionhouse eine Versammlung statt, die zu dem Zwecke einberufen war, um eine öffentliche Sammlung zur Beschaffung eines Dampfers für den Victoria-Njansa einzuleiten. Der Herzog von Fife bemerkte in einer einleitenden Rede, die Engländer würden sich in Ostafrika von keiner andern Nation überflügeln lassen. Dann begründete Stanley die Nothwendigkeit des Dampfers. Er wies darauf hin, daß an den Ufern des Victoria-Njansa zwölf Millionen Menschen leben und ein Verkehrsmittel auf dem See ein dringendes Bedürfnis sei. Was die zwischen Deutschland und England schwebenden Streitfragen anlangt, so würden beide Länder zusammenwirken im Interesse der Civilisation und der Entwicklung Afrikas.

Rußland.

St. Petersburg, 5. Juni. Das „Journal de St. Petersbourg“ spricht sich mit Genugthuung über die „gesunde und vernünftige Strömung“ der öffentlichen Meinung in Frankreich aus, welche sich anlässlich der Verhaftung russischer Nihilisten in Paris kundgegeben habe. Die Radikalen in Frankreich, die sonst so besonders empfänglich für russische Lobspprüche sind, werden an diesen Aeußerungen des „Journal de St. Petersbourg“ keine ungemischte Freude haben, denn sie haben sich mit der öffentlichen Meinung Frankreichs in Bezug auf das Vorgehen gegen die verhafteten Nihilisten in Gegensatz gestellt. Die radikalen Zeitungen in Paris sind bemüht, die Nihilistenaffaire auf einen Uebereifer der Behörde zurückzuführen und die Verhafteten als harmlose Personen darzustellen. Es wäre ja sehr erfreulich, wenn diese gute Meinung von den Verhafteten begründet wäre; aber das bisherige Ergebnis der Untersuchung stellt die Sache doch in einem wesentlich anderen Lichte dar.

Serbien.

Belgrad, 5. Juni. Der Präsident der Skupstina, Paschitch, ist anlässlich der Festlichkeiten in Schabatz vom König Alexander in Gegenwart des Königs Milan mit dem Großkreuz des Lakovo-Ordens ausgezeichnet worden. Man betrachtet diese Ordensverleihung als eine

indirekte Widerlegung der Gerichte von einer Spannung zwischen König Milan und der radikalen Partei.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 6. Juni. 71. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des ersten Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstische; Finanzminister Dr. Ellstätter, Geheimrath Dr. Roff, die Geheimen Referendäre Dr. Arnspurger und Zittel und Ministerialrath Baader. Der Präsident macht Mittheilung von einem Schreiben des Rathschreibervereins, wonach derselbe mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit der Tagung seine an das Haus gerichtete Petition zurückzieht.

Urlaubsgeuche der Abgg. Weber (Konstanz) und Gelbreich werden bekannt gegeben und bewilligt. Das Haus tritt hierauf in die Berathung des Gesetzesentwurfs die Auflösung der Gemeinde Neuenheim und deren Vereinigung mit der Stadtgemeinde Heidelberg betr. (Zweite Lesung.) Berichterstatter: Abg. Kiefer.

Der Berichterstatter verweist auf die Verhandlungen bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs und behält sich vor, zu § 7 eine redactionelle Aenderung zu beantragen.

Abg. Fretsch gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß durch die Beschlüsse der Gemeindeversammlung Neuenheim und des Bürgerausschusses Heidelberg die Vorlage des heutigen Gesetzes ermöglicht und damit den lang gehegten Bestrebungen des intelligenteren Theils der Neuenheimer Bevölkerung Erfüllung zu Theil werden könne. Redner belächelt die Entwicklung, die Neuenheim durch die nahe Verbindung mit Heidelberg, namentlich durch Erbauung der zweiten Brücke über den Neckar erfahren, und betont dabei, daß neben Neuenheim auch Heidelberg durch die Vereinigung mit Neuenheim große Vortheile erzielen werde.

Bei § 7, welcher nach der Vorlage lauten soll: „Das Gesetz vom betreffend die theilweise Abänderung der Gemeindeordnung, findet auf die Gemeinde Neuenheim keine Anwendung“, beantragt der Berichterstatter, die Fassung dahin zu ändern:

„Tritt vor dem 1. Januar 1891 eine Abänderung der Gemeindeordnung ein, so findet dieselbe auf die Gemeinde Neuenheim keine Anwendung.“

Dieser Antrag, welcher vom Berichterstatter mit dem Hinweis auf das Mögliche, in dem § 7 eine Lücke lassen zu müssen, da das Gesetz über die Abänderung der Gemeindeordnung noch nicht beschlossen sei, begründet und mit dem sich Ministerialrath Baader namens der Großh. Regierung einverstanden erklärt, findet Annahme. Zu den übrigen Paragraphen ergreift Niemand das Wort und wird das Gesetz nach der Regierungsvorlage mit der zu § 7 beschlossenen Aenderung einstimmig angenommen.

Bei der hieran sich anschließenden Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift der Großh. Oberrechnungskammer für den Landtag 1889/90 (Berichterstatter: Abg. Weber-Offenburg) ergreifen zu Bemerkungen das Wort der Abg. Kiefer, Finanzminister Dr. Ellstätter, Geheimrath Dr. Roff und der Berichterstatter. Die Kommission findet inhaltlich des gedruckten Berichts keinen Anlaß, zur übergebenen Denkschrift einen Antrag zu stellen.

Es folgt die Berathung des Berichts der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Bitte der Gemeinderäthe von Friesenheim, Rippenheim und Unterschopfheim, das Anhalten eines Eisenbahnzugs auf diesen drei Stationen betr. (Berichterstatter Abg. Geßel.)

Der Berichterstatter verliest den Kommissionsbericht, aus dem hervorzuhelien ist, daß die Petenten, welche sich schon wiederholt vielfach vergeblich an die Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen mit der Bitte gewandt haben, den von Offenburg um 10 Uhr 36 Min. nach Freiburg abgehenden Nachtzug an den Stationen Friesenheim, Rippenheim und Niederschopfheim anhalten zu lassen, die Bitte nunmehr an das Hohe Haus stellen, im Interesse des Geschäftsverkehrs dieser Gemeinden, dem Gesuch zu entsprechen; die Kommission schlägt dem Hause vor, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, da den Wünschen nur entsprochen werden könnte, wenn auf den Stationen je ein weiterer Beamter angestellt würde, und da der hierdurch veranlaßte Kostenaufwand in keinem Verhältnisse zu dem geringen Verkehr der Stationen stehen würde. Dabei glaubt die Kommission dem Hause vorschlagen zu sollen, daß solche Petitionen in der Regel nur dann zur Berathung zugelassen werden sollten, wenn der Eisenbahnrat, in dem die Vertreter der einzelnen Handelskammern jeweils gerne und mit Nachdruck die Wünsche ihres Bezirks zum Ausdruck bringen, sich mit demselben vorher beschäftigt habe.

Seitens der Abgg. Marbe, Gerber und Hug ist ein Antrag eingebracht, die Petitionen der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen.

Nach Begründung des Antrags durch die Abgg. Gerber und Hug, nach einer Erwiderung des Regierungskommissärs, Geheimen Referendärs Zittel, und einer Schlussbemerkung des Berichterstatters wird der Antrag Marbe abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen. Hierauf berichtet namens der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Bitte der Stadtgemeinde Raastatt, die Erbauung einer Eisenbahn von Raastatt nach Selz betr., als Berichterstatter Abg. Pfeifferle.

Die Petition führt aus, daß die Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Raastatt an den Rhein zum Anschluß an die elsässischen Bahnen schon seit 1874 in Raastatt und in den Gemeinden des unteren Elsses Gegenstand lebhafter Erörterungen und Bestrebungen gewesen, welche durch die inzwischen zum Beschluß erhobene Erbauung einer Eisenbahn von Walburg nach Selz Anregung zur Wiederaufnahme gefunden. Mit der Herstellung einer Eisenbahn Raastatt-Selz würde an letzterem

Ort der Anschluß an die drei Bahnlirien Selz-Strasbourg, Selz-Maximiliansau und Selz-Metz erreicht und in Raastatt der Anschluß an die badische Hauptbahn und an die Wurgthalbahn vollzogen. Die Bestrebung trete zudem in einem Zeitpunkt heran, in welchem Raastatt, nachdem die Entfestigung ausgesprochen und bereits in Angriff genommen sei, in der Erleichterung und in der mit aller Voraussicht zu erwartenden Steigerung des Handels- und Marktverkehrs mit dem Unterelss das einzige Mittel zur Wiederbelebung und Aufrichtung ihrer durch den Charakter der Festung zurückgegangenen und seit nahezu einem halben Jahrhundert gedrückten Werth- und Erwerbsverhältnisse gefunden werden könne. Die Petenten bitten daher, die Petition an die Großh. Regierung mit dem Antrag empfehlend zu überweisen, über Erstellung einer Eisenbahn zwischen Raastatt, Pflittersdorf und Selz die vorbereitenden Erhebungen behufs Festsetzung der Bahnlirien und des Rheinübergangs, sowie die Aufstellung des Kostenüberschlags anzuordnen und dem nächsten Landtage einen Gesetzesentwurf die Erbauung einer Eisenbahn Raastatt-Pflittersdorf-Selz betr. vorzulegen.

Die Kommission hat den nicht unbedeutenden Geschäftsverkehr Raastatt's mit dem Unterelss nicht verkannt, auch angenommen, daß die Stadt Raastatt durch die mit der Eigenschaft als Festung verbundenen Einschränkungen der Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse und namentlich durch die Entfestigung in eine ganz besondere Lage versetzt ist, welche die Stadt einer wohlwollenden Berücksichtigung würdig erscheinen lassen. Sie beantragt aber die Petition der Großh. Regierung nur zur Kenntnissnahme zu überweisen, da die Petenten es unterlassen haben, ihr Begehren näher zu präzisieren, und da insbesondere aus dem Petition nicht zu entnehmen ist, ob dasselbe auf eine Lokal- oder Staatsbahn abhebt; dem Begehren einer Staatsbahn könnte die Kommission im Interesse unserer badischen Staatsbahnen nicht zustimmen, für das Begehren einer Lokalbahn fehlen dem Petition die Voraussetzungen, welche zur Subventionirung derartiger Unternehmungen unerlässlich sind.

An der Diskussion über die Petition betheiligen sich seitens der Großh. Regierung Geh. Referendar Zittel, seitens des Hauses die Abgg. Stigler, Belzer, v. Stoesser, Kiefer, Reichert und der Berichterstatter. Der Kommissionsantrag findet einstimmige Annahme.

Nach Bestimmung der nächsten Tagesordnung wird die Sitzung hierauf kurz nach 1 Uhr geschlossen. Ausführlicher Bericht wird folgen.

Das städtische Budget von Karlsruhe.

Schm. Karlsruhe, 5. Juni. Auf der Tagesordnung der für gestern Nachmittag anberaumten Bürgerausschusssitzung befanden sich als Berathungsgegenstände: 1. die Feststellung des Gemeindevoranschlags für das Jahr 1890 und 2. Festsetzung von Grundbägen über die Gemüderung von Zuschüssen zum gesetzlichen Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Volksschulen.

Der zweite Gegenstand kam zuerst zur Berathung. Im Namen des Stadtraths ward derselbe von Bürgermeister Schlegel und im Namen des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten vom Stadtverordneten Schneider befürwortet. Die Stadtverordneten Goldschmit und Waltraff dankten dem Stadtrath für die Vorlage und befürworteten dieselbe ebenfalls zur Annahme. Die Stadtverordneten Voldeauer und Kalnbach waren ebenfalls für die Vorlage, wünschten aber eine Erhöhung der Anfangsgehälter der Lehrerinnen. Stadtverordneter Dieber, der sich gleichfalls für die Befestigung der Volksschullehrer aussprach, beantragte in § 8 der Grundbägen den Schulbaß, wonach die Zuschüsse widerrechtlich und von befriedigender Dienstleistung und würdigem außerdienstlichen Verhalten der Lehrer abhängig sind, zu streichen. Bürgermeister Schlegel vertheidigte die Beibehaltung dieser Bestimmung und rechtfertigte die vorgeschlagenen Gehälter der Lehrerinnen. Stadtverordneter Dieber hielt den oben erwähnten Streichungsantrag aufrecht, derselbe ward aber mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die stadttrählische Vorlage ward hierauf von 95 Anwesenden einstimmig genehmigt.

Es ward nunmehr zur Berathung des Gemeindevoranschlags für das laufende Jahr geschritten. Der Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten, Kommerzienrath Schneider, schickte vor Eintritt in die Einzelberathung folgendes voraus: Es sei dieses Jahr der Antrag auf Erhebung einer Umlage von 33 Pf. gegen 27 Pf. im Vorjahre gestellt worden. Die Kommission habe sich die Frage vorgelegt, was Ursache dieser Erhöhung sei, und habe gefunden, daß diese in unerwarteten und unvorhergesehenen Fällen ihren Grund habe. So habe durch die Influenza-Epidemie zu Anfang dieses Jahres die reichsgesetzliche Gemeinde-Krankenversicherungs-Kasse einen Voranschlag aus der Stadtkasse von 15 000 M. nöthig gehabt, ferner seien die Ausgaben des Gaswerks für Kohlenbedarf im Jahr 1889 infolge Erhöhung der Kohlenpreise um 31 445 M. höher gewesen als im Voranschlag vorgesehen. Bei der vorläufigen Aufstellung der Voranschläge habe das Gaswerk jeweils bedeutend mehr an die Stadtkasse abgeliefert als angenommen war, z. B. 1888 einen Mehrbetrag von 91 222 M., dagegen 1889 nur einen solchen von 20 892 M. Hierdurch seien die aus dem Wirtschaftsjahr 1889 in den 1890er Voranschlag eingestellten Deckungsmittel ungenügend beeinflusst worden. Diese einjüchenden Deckungsmittel betragen 1889 327 308 M. und 1890 315 524 M., somit weniger 11 784 M. Ohne die Mehrausgaben für Kohlen hätten aber diese Posten keinen geringeren, sondern einen um 19 661 M. höheren Betrag ergeben. Die derzeitigen hohen Kohlenpreise zwingen jedoch auch für Anschaffung der Kohlen statt der in 1889 vorgesehenen 276 800 M. und ausgegebenen 308 245 M. den hohen Betrag von 390 000 M. einzusetzen, d. i. gegen den vorläufigen wirklichen Aufwand nochmals ein Mehr von 82 245 M., wodurch schließlich trotz des stets zunehmenden Gaskonsums die Ablieferung an die Stadtkasse, welche im vorigen Jahre mit 322 000 M. vorgesehen war, in diesem Jahre auf 267 400 M. herabgesetzt werden mußte. Es ist dies ein Weniger von 54 600 M. Es seien somit als Hauptursachen des ungenügenden Bildes des diesjährigen Voranschlags zusammenzufassen: 1. die durch die Influenza veranlaßten Ausgaben mit 15 000 M., 2. der in 1889 für Kohlen mehr aufgewendete Betrag mit 31 445 M., 3. der diesjährige Mehraufwand für Kohlen mit 82 245 M., zusammen 128 690 M. Da nun 18 690 M. Gemeindeaufwand einen Pfennig

